

Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köpenickerstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.

Teltower Kreisblatt

Telegraphisch-Anschluss: Sammel-Nr. B 2 Köpen 0671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postcheckkonto: Berlin 1519 51.

Nr. 109.

Berlin, Mittwoch, den 10. Mai 1933.

78. Jahrg.

Amtliches.

Wetzer amtliche Bekanntmachungen sind im Inzeratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

Kreisfoppel.

Die Eröffnung der Jungviehfoppel des Kreises in Jühnsdorf erfolgt am

Montag, den 15. Mai d. J., 11 Uhr vormittags für Fohlen, 12 Uhr mittags für Färken.

Die Foppel befindet sich in der Gutsfeldeborn Jühnsdorf in der Nähe des Lindenberges und ist von der Chaussee Jühnsdorf-Großhilsdorf aus zu erreichen.

Anmeldungen sind an den Kreisausföhrer des Kreises Teltow, Berlin W 35, Viktoriastr. 18, zu richten und müssfen enthalten: Zahl, Art und Geburtsdatum der einzelnen Tiere.

Für die Aufnahme der Tiere gelten folgende Bedingungen:

- 1. Berechtigt zur Zucht sind nur Landwirte aus dem Kreis Teltow für ihre eigenen Tiere. 2. Aufgenommen werden nur zur Zucht bestimmte Stutfohlen und Färken im Alter von 1-3 Jahren. 3. Die Tiere müssen gesund sein und dürfen nicht aus Ställen oder Geböden stammen, in denen ansteckende Krankheiten herrschen. 4. Jeder jedes Tier sind genaue Aufzeichnungen zu machen über Alter und Trächtigkeit. 5. Im Aufnahmetermin müssen die Tiere sauber gereinigt und mit bewehrten Hufen oder Klauen zur tierärztlichen Untersuchung vorgeführt werden. 6. Über Aufnahme oder Ablehnung der Tiere wird im Aufnahmetermin von unserem Beauftragten entschieden. 7. Eine Vieherziehung wird durch die Kreisverwaltung nicht abgeschlossen. 8. Das Weidegeld beträgt täglich (Tag der Zuführung und der Abholung werden als 1 Tag gerechnet): für einjährige Tiere 15 Pf., für zweijährige Tiere 20 Pf., für dreijährige Tiere 30 Pf.

Das Weidegeld wird bei Abholung der Tiere fällig. Für Rückstände sind 5 Prozent Verzugszinsen zu zahlen. Berlin, den 6. Mai 1933.

Kreisausföhrer des Kreises Teltow. Roennede. A. H. 1870.

Auf Grund des § 404 Absatz 4 der Reichsverwaltungsordnung sind

der Geschäftsföhrer Robert Köhler zum Vollstreckungsbeamten, der Angestellte Otto Wehling zum Vollstreckungsbeamten

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Mittenwalde und Umgebung von mir bestellt worden. Berlin, den 6. Mai 1933.

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses des Kreises Teltow. Roennede, c. Landrat. V. A. 167/33-2.

A. VII. G. 125. Erich Gans, Charlotte Serfert, Richard Urbanczyk, Erik Bierus, Otto Kleiher, Robert Goldbach, Mathilde Ehner, Paul Mittelstädt, Saida Klawe, Selene Krenz, Edwin Wege, Hedwig Koeniger, Willi Lorenz, Fritz Schöndemmer, Magdalene Jurska, Paul Darius, Albert Wäckerberg, Willi Schneider, Otto Schmidt, Willi Lehmann, Walter Käste, Ella Nemus, Emma Ruzrod, Max Bremer, Otto Raergel, Julius Walter, Frieda Lindemann, Paul Felarz, Franz Graf, Friedrich Großkopf, Richard Grundmann, Walter Nowels, Richard Vierzahl, Hermann Maab, Martha Rohde, Erik Arus, Käthe Laude, Arthur Richter, Hans Froschte, Richard Föhner, Paul Göhrig, Paul Schön beantragen die Erteilung der Anstellungsgenehmigung für ihre Candidaten in Wartenfels, Dabendorff, Dahlewitz, Derffschow, Grobnadnow, Großziehlen, Kleinbieten, Ludwigfelde, Mellersee, Miersdorf, Wangsdorf, Saalow, Schulendorf, Stahnsdorf, Struveshof, Teltow, Leupitz, Töpitz, Wilbau, Zeinsdorf und Zossen. Einmalige Einträge gegen die Anstellungen in Struveshof und Zossen können binnen 21 Tagen, in der übrigen Gemeindeföhrung 7 Tagen bei uns erhoben werden. Die Pläne liegen bei der Gemeindeföhrung bzw. bei der Magistrat in Teltow, Leupitz und Zossen zur Einsichtnahme aus. Berlin, den 8. Mai 1933.

Kreisausföhrer des Kreises Teltow. Roennede.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Rosenbergs Londoner Besuch

Der Hauptgeschäftsföhrer des 'Völligen Beobachter' und Leiter der Auswärtigen Abteilung der SEDWB, Alfred Rosenberg, der seit einiger Zeit in London weilte, sprach sich in einer Unterredung, die im 'Daily Express' wiedergegeben ist, näher über den Zweck seiner Londoner Reise aus. Rosenberg erklärte u. a. er könne betonen, daß Englands Freundschaft für Deutschland lebenswichtig sei. Er sei nach London gekommen, um sich ein Bild über die politischen Geföhlte zu machen und die Verständnisse zu zerstreuen. Deutschland befände sich in einer Zwangslage zwischen dem kommunistischen Rußland und dem feindseligen Frankreich. Im Interesse einer deutsch-englischen Freundschaft hoffe er die Aufgaben Hitler, der die Parteiloyalität im deutschen Volke wieder befestigen wolle, der englischen Regierung klarzumachen zu können.

Alfred Rosenberg hatte eine Unterredung mit dem ständigen Unterstaatssekretär im Londoner Auswärtigen Amt, Sir Robert Balfour. Dabei gab Rosenberg Aufklärung über die geistigen, wirtschaftlichen und politischen Folgen der nationalen Revolution in Deutschland und schilderte die Einigung des deutschen Volkes sowohl in seinen Stämmen als auch in seinen sozialen Schichten und die Disziplinierung der deutschen Jugend durch die allgemeine Arbeitsdienstpflicht.

Die gesamte Richtung diene zur Föderung einer freiblichen Entwicklung.

Am Dienstag hatte Rosenberg eine ziemlich lange Unterredung mit dem amerikanischen Sonderbotschaftsföhrer für Europa, Norman Davis,

in der die internationale Lage ins Einzelne gehend erörtert wurde. Wie verlautet, hat Norman Davis die Hoffnung ausgedrückt, daß Deutschland keine Politik in dem Sinne neu orientiere, daß auf der Wörlingskonferenz in Genf ein Fortschritt gemacht werden könne. Eine Atmosphäre guten Willens in der Wörlingsfrage sei für einen Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz unerläßliche Vorbedingung.

Die österreichische Fronte gegen Deutschland.

Neue Unhöflichkeit gegen den Nationalsozialismus. — Schwere Zusammenstöße an der Wiener Universität.

Wien. Die Regierung Dolfus verucht jetzt mit allen Mitteln, sich an der Macht zu halten. Neuerdings beachtigt sie, gleichzeitig mit der Einföhrung des neuen Dienstgesetzes für alle aktiven Beamten auch ein eigenes Staatsabzeichen einzuföhren, das alle Bundesbeamten im Anopplung zu tragen haben. Dadurch soll auch nach außen hin die Staatsidee zum Ausdruck gebracht werden. In Regierungskreisen erhofft man, daß diese Staatsabzeichen eine wirksame Gegenpropaganda gegen die verfechteten Parteiabzeichen bilden werde.

Den geplanten Besuch nationalsozialistischer reichsdeutscher Minister in Wien aus Anlaß der Tagung des Justizbundes benutzt

die halbamtliche Wiener 'Reichspost' zu erneuten unerhörten Ausfällen gegen Deutschland.

Unter der Ueberschrift 'Inerwünschter Besuch', schreibt das genannte Blatt u. a.: Der Besuch der reichsdeutschen Minister und Staatsfunktionäre bei der Nationalsozialistischen Partei ist unerwünscht und unwillkommen; mehr als das: er ist in Anbetracht der feindseligen Haltung der österreichischen Nationalsozialisten gegenüber der Regierung als ein unfreundlicher Akt anzusehen und wird als solcher behandelt werden. ... Was der bayerischen Minister Dr. Frank betrifft, so werden sich die zuständigen Stellen sogar mit der Frage zu befassen haben, ob ihm als Privatperson der Aufenthalt auf österreichischem Boden überhaupt gestattet werden kann. Der Besuch dieses Herrn bedeutet eine unerträgliche Probe der Geduld des Oesterreichers. Zum Schluß deutet die Reichspost geheimnisvolle Maßnahmen an, die Oesterreich aus dem Anlaß des Besuchs treffen muß. Die Aufregung in den nationalen Kreisen Oesterreichs hat eine neue Entladung gefunden.

Im Anatomischen Institut der Universität Wien kam es bei Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalsozialistischen und jüdischen bzw. sozialistischen Studenten zu jüheren Zusammenstößen,

in deren Verlauf mehr als 40 Studenten zum Teil ernste Verletzungen davontrugen. Die Einrichtung des Anatomischen Institutes wurde zum Teil schwer beschädigt, so daß das Institut geschlossen werden mußte. In den Zusammenstößen beteiligten sich etwa 300 Studierende, die mit Steinen und Fäusten aufeinander losgingen. Die jüdischen und sozialistischen Studenten schloßten in ein im Hofpartey gelegenes Laboratorium, wo sie sich verbar-

rikabierten. Als die Verfolger Wiene machten, die Türe zu sprengen, sprangen einige der Flüchtenden auf die Straße hinaus, wobei sich mehrere von ihnen Verletzungen und Knochenbrüche zuzogen.

Henderson fordert Einigung bis zur Weltwirtschaftskonferenz.

Genf. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz trat am Dienstagnachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der Präsident Henderson eine Erklärung über den Stand der Einzelbesprechungen zwischen den Großmächten abgab. Henderson betonte, daß ein Scheitern der Konferenz schon mit Rücksicht auf die kommende Weltwirtschaftskonferenz und auf die Forderungen der öffentlichen Meinung unter keinen Umständen zugelassen werden könne. Eine Klärung der Gegensätze müsse unbedingt erreicht werden. Aus diesem Grunde würden die Verhandlungen des Hauptauschusses zunächst bis Ende der Woche vertagt werden, um den Hauptmächten Zeit für die Einzelbesprechungen zu lassen. Die Hauptfragen der Abrüstung müßten bis zum Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz geklärt sein. Während des Sommers könnte dann ein Reaktionsauschuss tagen, der das endgültige Abrüstungsabkommen ausarbeiten sollte. — Das Präsidium nahm die Erklärung scharfzweigend entgegen. Die direkten Besprechungen werden jetzt zwischen Adalung und Gibern unterbrochen weitergeführt werden. In der an sich äußerst gespannten Lage ist zunächst keine Veränderung eingetreten.

Abfuhr Herriots im französischen Kabinett.

Die französische Regierung vermischt Herriots Washingtoner Vereinbarungen.

Die Reise Herriots nach Washington und seine Verhandlungen mit dem Präsidenten der USA, Roosevelt, haben das französische Kabinett scheinbar nicht sonderlich befriedigt. Jedenfalls hat der französische Kabinettsrat nichts mit dem Verbleiben der Herriot-Note anfangen gewagt und hat die von Herriot in Washington angelegte Plakette abgehängt. Nach einem Meinungsaustausch der Minister über die Schuldenfrage unter besonderer Berücksichtigung der Forderung Roosevelts auf Zahlung der rückständigen Note hat sich der Kabinettsrat mit großer Mehrheit gegen die vorläufige Wiederaufnahme dieser Frage vor der Kammer ausgesprochen.

well die Washingtoner Besprechungen an der Lage, die zur Aufhebung der Zahlungen geführt hatte, nichts geändert hätten.

In der amtlichen Verlautbarung, die im Anschluß an den Kabinettsrat veröffentlicht wurde, heißt es lediglich, daß der Rat Herriot den Dank für seine Washingtoner Arbeit ausgesprochen habe und daß er sich vorbehalten, den Ergebnissen seiner Mission später die notwendigen Schlußfolgerungen zu geben. In politischen Kreisen legt man diese vorläufige Fassung darin aus, daß man Herriot nicht durch eine besondere Unterfreudung des Mißerfolges seiner Mission habe vor den Kopf stoßen wollen, daß man aber nichtsdestoweniger das Ergebnis seiner Reise für ziemlich belanglos halte.

Das Gögern des französischen Kabinetts, auf die Vereinbarungen von Washington einzugehen, hat natürlich schon eine

große politische Bedeutung.

Herriot hatte die Hoffnung, eine Art Bündnis zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten auf der Basis zustande bringen zu können, daß Frankreich die Schuldenzahlungen mit der Devisenrate tatsächlich wieder beginnt, theoretisch die Verpflichtung zu den späteren Ratenszahlungen anerkennt und daß sich Roosevelt dafür verpflichtet, Frankreich bei seinen politischen Manövern in Genf zu unterstützen. Schließlich sollte Roosevelt noch bereit sein, französische Sicherheitsforderungen grundsätzlich anzuerkennen. Wenn jetzt das französische Kabinett die von Herriot getroffene vorläufige Vereinbarung einfach umstößt, würde sich daraus natürlich auch ein Wandel der Stimmung in Genf ergeben.

Vom deutschen Standpunkt aus

sind die Pariser Kabinettsverhandlungen über diese Fragen von allergrößter Bedeutung, denn es hat den Anschein, als ob sich die sachlich unbedingt richtige Auffassung jetzt auch in Washington durchzusetzen beginnt, daß nämlich Frankreich in Washington durch Herriot Sicherheitsforderungen gestellt hat, denen in Wirklichkeit keine Verletzung der französischen Interessen für eine wirkliche Befriedung Europas gegenüberestehen.

Amtliches.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Aus dem Kreise und der Provinz.

Polizeiverordnung über das Schlachten von Tieren.

Vom 28. April 1933.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Reichsgesetzes über das Schlachten von Tieren vom 21. April 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 203) und des Polizeiverordnungsrechts vom 1. Juni 1931 (Gesetzblatt I S. 77) wird für das preussische Staatsgebiet verordnet, was folgt:

1. Frische, deren Fleisch zum Genuß für Menschen bestimmt ist, sind, soweit sie sich im lebendigen Zustand im Handelsverkehr befinden, vor der Abgabe an den Käufer nach vorheriger Befähigung durch Blutuntersuchung zu töten. Die Befähigung ist durch einen nachträglichen Schlag auf den Kopf oberhalb der Augen (Kopfschlag) mittels eines genügend schweren und geeigneten Schlagmittels vorzunehmen. Die Blutuntersuchung ist in der Weise vorzunehmen, daß der Kopf abgetrennt wird, oder auch durch einen Schnitt hinter dem Kopfe, der so tief geführt wird, daß er die Wirbelsäule durchtrennt.
2. Krebse und Summern, deren Fleisch zum Genuß für Menschen bestimmt ist, sind, soweit sie unmittelbar vor ihrer Zubereitung noch leben, in der Weise zu töten, daß sie möglichst einzeln in hart fließendes Wasser geworfen werden. Das Schwimmvieh dieser Tiere in kaltes oder warmes Wasser und das alsbald erfolgende Aufstoßen zu verhindern, besorgen auch das Versinken des Tieres, bevor diese Tiere tot sind.
3. Das Fleisch von Tieren zum Genuß für Menschen oder zu Abzwecken verwendet wird, sind die Frische vor ihrer Zerlegung durch Schlagen auf den Kopf mit einem genügend schweren und geeigneten Schlagmittel zu betäuben. Vor ihrer Zerlegung ist die Blutuntersuchung in der Weise vorzunehmen, daß unmittelbar nach erfolgter Betäubung der Frische der Kopf abgetrennt wird.

Zwischenhandlungen gegen diese Verordnung werden, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bestraft ist, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark oder in besonders schweren Fällen mit Haft bis zu zwei Wochen bestraft.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 28. April 1933.
Der Preussische Minister des Innern.
J. B. Grauert.

L. 2471. Veröffentlichung.
Auf meine Bekanntmachung vom 29. April d. J. — Kreisblatt Nr. 100 — nehme ich Bezug.
Berlin, den 9. Mai 1933.
c. Landrat des Kreises Teltow. Roennecke.

Betrifft: Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933; Beschäftigung von Wohlfahrtsarbeiterinnen.

Von gemeindlicher Seite bin ich angefragt worden, ob Wohlfahrtsarbeiterinnen für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1933 beschäftigt werden können, ohne daß sie dadurch ihre Anerkennung als Wohlfahrtsarbeiterinnen verlieren. Sie sollen die Arbeit vor allem einseitig machen, um vor der Zählung die Arbeit der ehrenamtlichen Zähler vorzubereiten und um nach der Zählung die eingekommene Zählkarte bis hin zum 1. Juli zu überprüfen. Ihre Arbeit soll zulässig sein und lediglich dazu dienen, eine größtmögliche Genauigkeit des Zählgeschäftes zu erreichen.

Ich habe die Frage bejaht. Ich habe keine Bedenken, daß Wohlfahrtsarbeiterinnen als solche weitergefragt werden, wenn sie als Hilfsarbeiterinnen in der angegebenen Weise beschäftigt werden. Eine solche zulässige Arbeit durch geeignete Wohlfahrtsarbeiterinnen ist im Hinblick auf Umfang und Schwierigkeit des Zählwerkes durchaus erwünscht und förderungswürdig. Dagegen kann die Aufarbeitung der Zählung, auch soweit sie durch eine Statistisches Landesamt einer Gemeinde übertragen wird, nicht als Pflicht-, Arbeits- oder Hilfsarbeit geltend gemacht werden.

Berlin, den 2. Mai 1933.
Der Präsident der Reichsanstalt für W. und W.
J. B. ge. Dr. Pedertz.

Veröffentlichung.

Berlin, den 9. Mai 1933.
c. Landrat des Kreises Teltow. Roennecke.
55/1933 Stat. St.

Betrifft: Volkszählung 1933.

Zur Vorbereitung der am 16. Juni 1933 stattfindenden Volks-, Berufs- und Betriebszählung habe ich der Gemeindebehörden ein Rundschreiben des Preussischen Statistischen Landesamts nebst der zur vorläufigen Unterzeichnung erforderlichen Zählkarten und Drucksaßen übersandt.

Beim Satz der Zählkarte sind folgende Angaben zu machen:
Drucksaße Nr. I: Sozialklassifizierung.
Drucksaße Nr. II: Berufs- und Fortbildungskategorie.
Drucksaße Nr. III: Gewerbetätigkeit.
Drucksaße Nr. IV: Kontrollziffer.
Drucksaße Nr. V: Anweisung für die Zähler.
Drucksaße Nr. VI: Anweisung für die Gemeindevorstände.
Drucksaße Nr. VII: Anweisung für die Gemeindevorstände.
Drucksaße Nr. VIII: Gemeindevorstand.

Ueber die Zufriedenheit des gesamten Bedarfs an Erhebungsunterlagen wird in Kürze weitere Mitteilung erfolgen.
Berlin, den 9. Mai 1933.
c. Landrat des Kreises Teltow. Roennecke.
52/1933 Stat. St.

Betrifft: Gafz- und Schantwirtschaften.

Durch die Verordnung vom 27. April 1933, betr. neu zu errichtende Gafz- und Schantwirtschaften, wird die Vorfrist, wonach Erlaubnisse für die neu zu errichtenden Schantwirtschaften bis zum 1. Oktober 1934 grundsätzlich nicht mehr erteilt werden dürfen, auf sämtliche Gafz- und Schantwirtschaften ausgedehnt. Die Gewerbesteuer findet auch Anwendung, wenn bei bestehenden Schantwirtschaften eine Ausdehnung auf noch nicht zugelassene Arten von Getränken vorgenommen werden soll. Auf die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung, abgedruckt WBl. i. B. I. S. 509, wird besonders hingewiesen.

Die Polizeibehörden werden ersucht, bei ihrer Stellungnahme zu Konzeptionsanträgen die vorstehend genannten Vorschriften zu beachten.
Berlin, den 8. Mai 1933.
Rechtsauschuss des Kreises Teltow. Roennecke.
A. VI. 159/33.

Unterredung Hugenberg-Darré.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hugenberg empfing am Dienstag den Vorstehen der Reichsleiter Hermann Göring des Deutschen Bauernbundes, Dr. Walter Darré. Die Unterredung galt der Durchführung der landwirtschaftlichen Entschärfung.

Der 2. Verbandstag des Kreis-Kriegerverbandes Teltow.

Der 2. Verbandstag des Kreis-Kriegerverbandes Teltow, der in Grünau im Restaurant zum Sportplatz stattfand, war von fast sämtlichen 129 Vereinen besetzt. Der 1. Vorsitzende, Hauptmann a. D. Antsart Knopow, zeichnete die Aufgaben der Kriegervereine in jetziger Zeit. Dem Kameraden Sippe-König ist das Kriegervereinstreben II. Klasse vorzuziehen worden. Aus der Deutschen Kriegervereinsgemeinschaft fließen an Unterhaltungen für bedürftige Kameraden insgesamt 174 293 Mark in die Vereinstasche heran. Die Angehörigen des ehemaligen Infanterie-Regiments Nr. 20 treffen sich am 4. und 5. Juni in Wittenberg an einem Regimentstag. Der 3. Verbandstag des Kreis-Kriegerverbandes wird am 23. Juli in Nachlow abgehalten. Für Neuaufnahmen forderte der 1. Vorsitzende eine starke Prüfung der Antragsteller. Der Verband beschloß, den langjährigen Verbandsführer Pfister in Nachlow zu seinem Ehrenmitglied zu ernennen. Ein Dringlichkeitsantrag des Kreis-Kriegerverbandes Teltow, daß der Verein keine Mitglieder der SPD und der KPD annehmen dürfen, wird in Potsdam am 3. Juli zur Besprechung kommen. Die in der „Treuhänder“ vereinigte Angehörigen der heutigen Reichswehr-Vereine können auch Mitglied des Preussischen Landes-Kriegerverbandes werden. Der Vertrag mit dem Wälder-Schützenbund „Gema“ ist nicht erneuert worden; jeder Verein kann einzeln bestimmen, von wem er befreit über die nationalsozialistische Kriegsveteranenvereine, welche die Unterteilung der Kriegsveteranenvereine in drei Klassen vorzuziehen will. Die Mitgliederzahl der Sterbentafelvereine ist von 7671 auf 7550 zurückgegangen. Am Freitagabend gingen 456,14 Mark ein; neue Mitglieder sind in Jochendorf und Wlbersdorf gegründet. Unter „Verstorbene“ verlor der Vorsitzende die Danktelegramme des Reichspräsidenten und des Reichstanzlers an den Verband auf die am 8. April abgeleiteten Telegramme.

Der Vorsitzende des Kongresses der Arbeitsfront.



M. v. R. Rudolf Schmeer-Machen leitet den am 10. Mai in Berliner Sitzungssaal des preussischen Staatsrates beginnenden Kongress der Arbeitsfront. Am dem Kongress nehmen 400 Delegierte teil.

Teltow und Umgebung.

* Kleinmachow. Bauvorhaben in der Bürgerhausverwaltung. Die Wohnungsfrage in Kleinmachow ist jetzt umorganisiert worden. Der bisherige Generaldirektor des Kongresses, Adolf Sommerfeld, ist aus dem Unternehmen ausgeschieden. In der Vorstand sind die Herren Teske und Schering eingetreten.

Nowawes und Umgebung.

* Einsetzung der neuen Leiterin des Oberlin-Hauses. In der Kirche des Oberlin-Hauses in Nowawes führte General-Superintendent Dr. D. Dibelius die neue Leiterin des Oberlin-Hauses, Oberstweibler v. Salbern, feierlich in ihr Amt ein. Dr. Dibelius bezeichnete in seiner Festrede im besonderen die Mutterhaft als höchsten Dienst einer Oberin an den ihr anvertrauten Schwestern. Die bisherige Oberin des Oberlin-Hauses, Oberstweibler v. Salbern, ist nach 26jähriger Tätigkeit als Leiterin des Hauses in den Ruhestand getreten.

* Nowawes. Tragischer Freitod. Der 26jährige jungverheiratete Handlungsgehilfe Alfred Wink, Sohn des Amtsvorlesers Wink, wohnhaft in Nowawes am Schützenplatz, beging in der Nacht durch Einnehmen von Gift Selbstmord. W. dürften wirtschaftliche Sorgen in den Tod getrieben haben. Sein Freitod ist um so tragischer, als am nächsten Tage kein Eisen in Dreiwitz das Fest der Silberhochzeit begehen wollten.

* Am Sonntag wird das gänzlich neugestaltete Gabelstrandbad zur Benutzung freigegeben werden. Der Nowawer Schwimmklub eröffnet mit seinem Aufschwimmen die Badesaison.

* Nothilfe und Sittlerpende verschmähen. Am fünftägigen großen gemeinsamen Silvesterfest gegen die Not des Winters aufgehen zu können, wurde in der letzten Sitzung der Nothilfe beschlossen, die Nothilfe und Sittlerpende künftig zu einem Hilfsnetz unter dem Namen Sittlerpende zusammenzufassen. Es werden 25 Betreuungsteile eingerichtet, an deren Spitze ein ehrenamtlicher Bezirksvorsteher steht. Die frühere Nothilfe und Sittlerpende und Wohlfahrtspreise werden den Frauvereine und Frauenvereine sollen diesen Bezirksvorstehern beigegeben werden.

* Mandatsniederlegungen. Die Stadtverordneten Rottloff und Senfald (SPD.) haben ihr Mandat niedergelegt. Stadtverordneter Rottloff hat mitgeteilt, daß er sich jeder politischen Tätigkeit enthalten wird.

* Dank des Reichspräsidenten an Nowawes. Der Herr Reichspräsident von Hindenburg hat an die Stadt Nowawes anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt folgendes Dankförmchen gerichtet: „Meine sehr geehrten Herren! Für die Ehrung, die mir die städtischen Körperschaften von Nowawes durch die Vereinerung des Ehrenbürgerrechts erwiesen haben, spreche ich meine aufrichtigsten Dank aus. Ich nehme die Ehrung gern an und lende Ihnen und meinen neuen Mitbürgern meine herzlichsten Grüße und meine besten Wünsche für die Zukunft der Stadt Nowawes, gez. von Hindenburg.“

schaffen von Nowawes durch die Vereinerung des Ehrenbürgerrechts erwiesen haben, spreche ich meine aufrichtigsten Dank aus. Ich nehme die Ehrung gern an und lende Ihnen und meinen neuen Mitbürgern meine herzlichsten Grüße und meine besten Wünsche für die Zukunft der Stadt Nowawes, gez. von Hindenburg.“

Zossen und Umgebung.

* Zossen. Stadtverordneter Arthur Troemel, Vertreter der SPD., hat sein Mandat niedergelegt.

Teupitz und Umgebung.

* Teupitz. Der Kirchenchor veranstaltet einen sehr erfolgreichen Unterhaltungsabend im Goldenen Stern, aus dessen Ueberflus zusammen mit weiteren Spenden nun ein Klavier für den Kirchenchor angeschafft werden kann. Im Mittelpunkt des Abends stand das Singpiel „Die wilde Toni“. Darbietungen des Kirchenchores, der Gelangabteilung des Männerchores und der Goldenen Stadtkapelle bestritten den übrigen Teil des Programms. Kantor Sigula dankte allen Mitwirkenden herzlich.

* Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag steht die nochmalige Wahl des Büros, da die nationalsozialistische Fraktion gegen die erfolgte Wahl Einspruch erhoben und außerdem Stadtverordnetenwahlberechtigt Gerhard Schymann sein Mandat niedergelegt hat. Überwacht wird die Wahl von Kommissionen, Mitglieder des Magistrats und der Schuldeputation vorgenommen.

* Zenow. Amtsvorsteher Herz ist zum kommissarischen Gemeindevorsteher von Zenow zum nächsten nach dem Tode von Fubel als Gemeindevorsteheramt niedergelegt hat.

Königsweiserhausen und Umgebung.

* Königsweiserhausen. Ein Kraftfahrzeugdiebstahl konnte in der Nacht zum Sonntag dank der Aufmerksamkeit eines SA-Mannes vereitelt werden. Der SA-Mann Otto Boigt-Königsweiserhausen bemerkte an der Schienenbrücke in der Schloßstraße, daß zwei jüngere Leute im Begriff waren, drei Kraftfahrzeuge in Gang zu bringen. Er schloß den Verkehr der Kraftfahrzeuge ab und verlangte die Schlüssel. Die Kraftfahrzeuge in Wlbersbrücke, ergriffen die Flucht, konnten aber vor Wlbersdorf, der die Verfolgung mit seinem Kraftwagen aufnahm, eingeholt werden. Bei der polizeilichen Vernehmung stellte sich heraus, daß die beiden jungen Leute — der 18jährige Georg Sojben und der 19jährige Alfred Saack, beide aus Breslau — alle drei Kraftfahrzeuge gestohlen hatten. Sie sind am Sonnabend auf einem in Breslau gestohlenen Kraftwagen in Königsweiserhausen angekommen. Ursprünglich hatten sie die Absicht, ein von der Lokal-Polizei gestohlenes Kraftfahrzeug zu erwerben. Da aber vor dem Lokal, die Luft war, gingen sie zum Lokal Wlbersdorf, stellten dort das mitgebrachte Kraftfahrzeug unter und benutzten die Gelegenheit, zwei dort stehende Kraftfahrzeuge zu entwenden. Ihre Absicht war, das aus Breslau mitgebrachte Rad als das schlechteste in Königsweiserhausen zu lassen und die beiden anderen für ihr weiteres Vorkommen zu benutzen. Die Festgenommenen wurden dem Richter vorgeführt.

* Schwarzfahrer angehalten. In der Nacht zum Sonntag wurde von der Polizei ein Berliner Diebstahl der mit neuen Reifen besetzt war, angehalten. Es stellte sich heraus, daß die Fahrt ohne Willen des Halters des Kraftwagens gemacht wurde. Der Führer wurde in Haft genommen und, als dem Angeklagten die Polizei behauptete, der Diebstahl des Kraftwagens zurückgegeben war, wieder entlassen.

* Der nächste Sprechtag der Berufberatung und Selbsthilfsgemeinschaften findet am Donnerstag, den 11. Mai, um 10 Uhr im Arbeitsnachweis-Sprechsaal, in der Zeit von 13 bis 14 Uhr statt. Auswärtige Lehrer stellen mit Kost und Wohnung sind gemeldet.

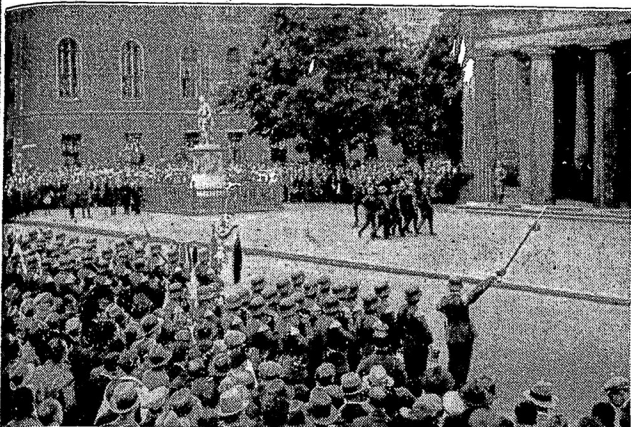
* Diepenlee. Die freiwillige Feuerwehreinheit am 17. Mai anlässlich des Deutschen Feuerwehrtages geschlossen am Kirchgang in Schönerfeld. Unter der Führung des Hauptmanns Wink wurde die Bedeutung des Tages ein. Am Nachmittag traf die freiwillige Feuerwehr Schönerfeld mit Spritze und Mautschaffwagen in Diepenlee ein. Vor der Brenner fand ein gemeinsames Fuß- und Geräteexerzieren; dann, anschließend ein größerer „Brandangriff“ auf die neue „Schmittkaserne“. Die Dampfmaschine fuhr am Leich des Schloßparks auf und drückte von hier aus das Wasser der Sandbadpistole auf, die bis dahin von einem Straßenbrenner hergefordert wurde. Nach der Verlegung der Leiche verließ Brennermeister Wink-Schönerfeld einen an die Bevölkerung gerichteten, auf die Bedeutung des vorliegenden Feuerwehrtages hinweisenden Aufruf.

* Marienfelde. Gasvergiftung. Am Montag vormittag wurde die freiwillige Feuerwehr nach der Kaiser-allee 67 gerufen, wo die 34 Jahre alte Ehefrau Hanna Sch. durch Gas vergiftet leblos aufgefunden wurde. Der Wehrgang des Zusammen mit dem West Dr. Sachowitz durch Wiederbelebung wurde die Frau die Mutter von drei Kindern ist, wieder ins Leben zurückzurufen. Sie mußte ins Konstanzer Krankenhaus gebracht werden. Zerüttete Lebensverhältnisse sollen die Ursache zur Tat sein.

* Potsdam. Rechtsanwaltsfrage geregelt. Mit dem 9. Mai ist die Rechtsanwaltsfrage im Landgerichtsbezirk Potsdam gelöst. Außer fünf Rechtsanwältinnen sind sämtliche Anwältinnen des Bezirkes eingetragenen. Vertretungsverbote haben folgende Anwältinnen erlassen: Cohn-Brandenburg, Cohn-Ludendorff, Giese-Potsdam, Dr. Haslo-Potsdam und Hammerberg-Nathenow.

* Potsdam. Kranen-Explosion. Im Kranenhaus Hermannswerder ereignete sich ein schweres Unglück. Die Kranenführer Hildegard Braune filterte die Führer, die sie plötzlich mit einem Aufzuge zusammenbrach. Der Schwelger hatte einen schweren Bauchschmerz erlitten. Bei den Nachforschungen stellte es sich heraus, daß der zwölfjährige Sohn des Hektors Wägel mit einer Metallwerkzeuge, geschossen hatte. Der Fetzer, dem der Wägel von Kräfte erlaubt war, hatte die geladene Waffe auf einen Schrank gelegt. Dort fand sie der Sohn. Schwelger Braune liegt in bedenklichem Zustande in ihrem Kranenhaus.

* Werder. Kampf gegen die Mattfäherplage. In diesem Jahre treten im Werderischen Obfahrgelände die Mattfäher in derartig großen Mengen auf, daß eine geschlossene Abwehrration durchgeführt werden muß. Im engeren Bezirk Werders sind etwa 300 Erwerbslose in den Kampf gegen die Mattfäher eingesetzt worden. In dem benachbarten Glinow ist die Abwehrration gegen die Mattfäherplage getriebe eingeleitet worden. Es wurden dort insgesamt weit über 1000 Mattfäher voller Mattfäher eingesetzt. In Pögnitz schickte ein Bandmann von einem Obfahrgelände allein 1044 Mattfäher.



Aufmarsch der Berliner Wachttruppe.

Die Berliner Wachttruppe marschierte zum ersten Male unter den Klängen des Deutschlandliedes durch das Brandenburger Tor...

Nationalsozialistische Angefalltenkündigung.

Berlin. Das Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit veranfaßte am Dienstagabend in den Berliner Kesselsaal in Wilhelmstraße eine Angefalltenkündigung der Berliner Angefallten...

mietet, um sich in den Besitz größerer Geldmittel, die er bei dem Kraftschleifenbesitzer vermutete, zu setzen.

Gregor Straßer nach Berlin übergeführt. Gregor Straßer, der sich nach Niederlegung seiner Parteiämter aus der Politik zurückgezogen hatte, aber der NSDAP nach wie vor angehört, ist von München nach Berlin übergeführt.

Vorunternehmung gegen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Charlottenburger Wasserwerke. Die Ermittlungen gegen die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Charlottenburger Wasserwerke und Industrie A.G. haben der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Veranlassung gegeben...

Riefenstängelungen aufgedeckt. Die Kriminalpolizei hat im Laufe der Untersuchung gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der Postrentenkasse, Franz Kugler, der der Untertreibung beschuldigt wird, neue große Riefenstängelungen aufgedeckt.

Berlin. Mit dem Deutschlandlied durchs Brandenburger Tor. Unter den Klängen des Deutschlandliedes marschierte die Berliner Wachttruppe zum erstenmal nach einer neuen Ordnung durch das Brandenburger Tor über die Linden zum Ehrenmal...

Berlin. Der fliegende Hamburger im Fahrplan. Am 15. Mai, nämlich um 8.02 Uhr, wird der neue Schnellzug von der Reichsbahn, der fliegende Hamburger, auf dem Berliner Bahnhof in Berlin seine fahrplanmäßigen Fahrten zwischen Berlin und Hamburg aufnehmen...

Berlin brückt Fraktur. Oberbürgermeister Dr. Sahm hat in einer Besprechung die im Jahre 1929 getroffene Anordnung aufgehoben, wonach für städtische Druckfachen nur Antiquaschrift zu verwenden ist.

Erpton-Sternwarte. Ueber seine Heimat, Dänemark - das Land des Meeres - spricht Walter Jansböll am Freitag, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal der Erpton-Sternwarte.

Der zweite Mörder, der seiner verdienten Strafe zugeführt wurde, ist der 25 Jahre alte Händler Johannes Kahl, der am 25. Januar 1931 bei Fersch den 47 Jahre alten Kraftschleifenfahrer Friedrich Ponitz niedergeschossen hatte.

Ausgezeichnete Rennungsprüfung für das D.C.G.-Reit- und Fahrturnier vom 21. bis 28. Mai in Berlin

Das Reit- und Fahrturnier im Rahmen der D. L. G.-Ausstellung in Berlin hat ein überaus gutes und befriedigendes Rennungsergebnis gezeitigt. Es sind über 700 Rennungen für die 25 einzelnen Konkurrenzen dieser großen Veranstaltung eingelaufen.

Brandenburgs Turnierführer für Vollartifizierung

In Berlin fand am Sonnabend die erste Hauptversammlung des Kreises Brandenburg der D. L. G. unter Leitung des neuen Führers Major a. D. Kreisauptmann, zu welcher auch die Gauvertreter geladen waren.

Dem Gepädmarsch des SC. Marathon-Berlin

wird allseitig größtes Interesse entgegengebracht, weshalb der Verein den Meldebefehl verlängert hat. Für die Wohnveranstellungen sind bereits über 400 Meldungen abgegeben worden.

Stiltnagel-Gäste in Wismdorf

Auf dem Platz der Geländepartikeln, an der Stelle, wo einst die Wäldche stand, wurde eine Gasse geplant. Diese gilt dem Wenden des verstorbenen ersten Präsidenten des Reichskriegsministeriums für Jugendberufshilfe, General der Infanterie Edwin von Stiltnagel.

Die Jugendpflegeeinrichtungen in Nowawes

Der Dezernent des Jugendamts, I. Stadtrat Wladimir, hatte die auf nationalem Boden stehenden jugendpflege-treibenden Vereine in Nowawes zu einer Sitzung im Sportheim „Große Sandhölle“ eingeladen, um mit den Vereinsvertretern die Grundzüge für die Bemühung der städtischen Sportplätze und Sportplätze zu besprechen.

Zeppelin in Pernambuco.

Pernambuco. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das über der Insel Fernando de Noronha gestiftet worden war, traf Dienstag nachmittag planmäßig hier ein.

Göhweinstein (fränkische Schweiz). Denkmal für den „Belltriker“. In Göhweinstein in der fränkischen Schweiz wurde gegenüber dem bekannten Scheffel-Gasthof Diller zum fränkischen Schweiz-Bereich ein Scheffel-Denkmal errichtet, das am 21. Mai in Gegenwart der Arbeitsratigen Korporationen der Erlanger Universität feierlich enthüllt werden wird.

Generalfreik in Spanien.

Sabotageakte der Syndikalisten. - Umfangreiche Maßnahmen der Regierung.

Madrid. Die Lage in Spanien ist wieder einmal äußerst ungeheuer. Am Montag wurde eine angebliche Monarchisten-Verdrehung aufgedeckt, am Dienstag sind in verschiedenen Städten, besonders in Andalusien, Streikunruhen ausgebrochen.

Die Zeitungsorgane der Syndikalisten und Kommunisten sind auf unbestimmte Zeit verboten worden. In Madrid und in anderen Städten wurden Sabotageakte verübt. So ist durch acht Bomben eine nach der Hauptstadt führende Hochspannungsleitung stark beschädigt worden.

Wetterbericht.

Nachrichten der Deutschen Wetterdienststelle, Berlin. Am 11. Mai 1933: Berlin und Umgegend: Kühl, veränderlich bewölkt mit Schauern, zeitweise aufheiternd, mäßige südwestliche Winde.

Berlin vorläufiger Schriftleiter: Bernhard Jahn, Jernsborg (Str. Teltow), Druhd und Verlag: Rob. K. Rohde & Co. Berlin W 35, Lützowstraße 87. Für unverlangt eingehende Beiträge übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung; Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. - Unberechtigter Nachdruck verboten. Hierzu 2 Beilagen.

Zwei wichtige Erlasse Görings

Die Politik in der Schutzpolizei — Ueber die Einsetzung von Kommissaren

Der preussische Ministerpräsident Göring hat in seiner Eigenschaft als preussischer Minister des Innern in einem ausführlichen Rundschreiben zur Frage der Politik in der Schutzpolizei Stellung genommen.

1. Das Tragen von politischen Abzeichen und Abmünden, auch Patentkreuzbinden, zur Uniform ist verboten.

2. Die Teilnahme von Polizeibeamten in Uniform an Umzügen nationaler Verbände unterliegt in jedem Falle der Genehmigung des Kommandeurs der Schutzpolizei.

3. Die vorhandenen nationalsozialistischen Fachschaften, bleiben bestehen. Argendne Einwirkung auf dienstliche Angelegenheiten ist ihnen jedoch verboten.

4. Nachdem SA und SS durch Gesetz zu öffentlich anerkannten Organisationen mit eigenen Dienstverordnungen erhoben worden sind, ist die Mitgliedschaft in diesen Organisationen für Angehörige der Schutzpolizei, die selbst ein Grundpfeiler der Macht des Staates bilden, unmöglich geworden.

5. Ein die Disziplinarstrafgewalt in der Schutzpolizei neu regelndes Gesetz befindet sich in Vorbereitung.

Ich werde zunächst der Schutzpolizei als Zeichen des Sieges der nationalen Revolution das weiße Patentkreuz am Stahlhelm und ferner für die geschlossene Polizeitruppe als Ehren- und Feldzeichen die Fahnen mit dem Siegeszeichen der nationalen Erhebung verleihen.

Die Bestimmungen über die Beamtensachverhalte der Schutzpolizei werden aufgehoben. An die Stelle der Beamtensachverhalte treten in Zukunft bei der Schutzpolizei Vertrauensmänner als die nach Artikel 130 Absatz 3 der Reichsverfassung vorgesehenen Beamtensachverhalte.

Die Bestimmungen über die Beamtensachverhalte der Schutzpolizei werden aufgehoben. An die Stelle der Beamtensachverhalte treten in Zukunft bei der Schutzpolizei Vertrauensmänner als die nach Artikel 130 Absatz 3 der Reichsverfassung vorgesehenen Beamtensachverhalte.

Die Bestimmungen über die Beamtensachverhalte der Schutzpolizei werden aufgehoben. An die Stelle der Beamtensachverhalte treten in Zukunft bei der Schutzpolizei Vertrauensmänner als die nach Artikel 130 Absatz 3 der Reichsverfassung vorgesehenen Beamtensachverhalte.

Die Bestimmungen über die Beamtensachverhalte der Schutzpolizei werden aufgehoben. An die Stelle der Beamtensachverhalte treten in Zukunft bei der Schutzpolizei Vertrauensmänner als die nach Artikel 130 Absatz 3 der Reichsverfassung vorgesehenen Beamtensachverhalte.

Die Bestimmungen über die Beamtensachverhalte der Schutzpolizei werden aufgehoben. An die Stelle der Beamtensachverhalte treten in Zukunft bei der Schutzpolizei Vertrauensmänner als die nach Artikel 130 Absatz 3 der Reichsverfassung vorgesehenen Beamtensachverhalte.

Die Bestimmungen über die Beamtensachverhalte der Schutzpolizei werden aufgehoben. An die Stelle der Beamtensachverhalte treten in Zukunft bei der Schutzpolizei Vertrauensmänner als die nach Artikel 130 Absatz 3 der Reichsverfassung vorgesehenen Beamtensachverhalte.

Parteidienststellen, vorzubringen. Abweichungen vom vorgeschriebenen Beschwerdebeweis werde ich künftig streng bestrafen.

Die der Amtliche Preussische Pressedienst mittels hat Ministerpräsident Göring einen Rundschreiben über die künftige Regelung der Einsetzung von Kommissaren z. B. V. und ihrer Tätigkeit erlassen, in dem es heißt:

In Zukunft wird sich die Befehlung von Kommissaren auf gewisse besonders wichtige Sonderfälle und -aufgaben beschränken, deren Auswahl grundsätzlich den obersten Landesbehörden allein vorbehalten bleiben muß.

Abgesehen von einem Kommissar der obersten SA-Führung wird es sich also bei diesen Kommissaren entweder um Staatskommissare handeln, die vom gesamten Staatsministerium oder von mir, dem Ministerpräsidenten, als seinem Vorgesetzten, oder um Ministerialkommissare, die von den einzelnen Ressortministern für ihren Zuständigkeitsbereich bestellt werden.

Alle Kommissare, die hiernach in Zukunft nicht mehr zulässig sind, haben ihre Tätigkeit sofort einzustellen.

Sollen die Ober- und Regierungspräsidenten die Neubefehlung von Kommissaren für erforderlich, so sind, je nach dem Aufgabentyp, entsprechende Anträge bei mir oder den zuständigen Ressortministern zu stellen.

Ebenso ist mir von den Ober- und Regierungspräsidenten sofort zu berichten, wenn noch irgendwelche Kommissare unter Berufung auf eine Befehlung durch das Staatsministerium, durch mich, durch einen der anderen Staatsminister oder durch die oberste SA-Führung weiterhin tätig sind, damit ich über Befehlung oder Widerruf des Auftrages mich schlüssig machen kann.

In ganz besonders dringenden Fällen dürfen auch die Oberpräsidenten für ganz bestimmte, in dem Auftrag genau zu bezeichnende Sonderwede vorläufig Kommissare bestellen, für die unzureichlich die Befehlung durch mich, den Ministerpräsidenten, einzuholen ist.

Geht diese Befehlung nicht binnen drei Tagen nach der Einsetzung dem Oberpräsidenten zu, so hat der betreffende Kommissar seine Tätigkeit sofort einzustellen.

Wie im übrigen bereits angeordnet worden ist, dürfen Befehlungen der persönlichen Freiheit, insbesondere die Befehlungen von Polizeisache, nur durch die zuständigen Kreispolizeibehörden verfügt werden.

Ebenso sind Unterführungen bei Verdacht strafbarer Handlungen lediglich den hierfür zuständigen Strafverfolgungsbehörden vorbehalten.

Erziehung zum deutschen Menschen

Reichsinnenminister Dr. Frick umreißt die Aufgaben der Schule im deutschen Nationalstaat

Am Dienstag waren die Kultusminister aller Länder in Berlin versammelt, um die künftigen Richtlinien für die Erziehung der Jugend zu beraten.

Der organische Staatsgedanke, dessen Sieg wir erreicht haben, verlangt gerade auf dem Gebiete der Erziehung einen klaren Blick, eine ruhige Sand und einen auf lange Dauer wirkenden statischen Willen.

Die nationale Revolution gibt der deutschen Schule und ihrer Erziehungsaufgabe ein neues Gesicht:

Die deutsche Schule hat den politischen Menschen zu bilden, der in allem Denken und Handeln dienend und opfernd in seinem Volke wurzelt

und der Geschichte und dem Schicksal seines Staates ganz und unabtrennlich zu innert verbunden ist.

Die neue Schule geht grundlegend vom Gemeinschaftsgebanken aus,

der ein uraltes Erbstück unserer germanischen Vorfahren ist und demgemäß unserer angekommenen Lebensart am vollkommensten entspricht.

Neben der stärkeren Betonung deutscher Kulturwerte im Geschichtsunterricht bedarf auch der lebenskundliche (biologische) Unterricht nach zwei Seiten hin des Ausbaues.

Der Rassenkunde ist genügend Raum zu widmen, damit die Grundbegebenheiten der wichtigsten Rassen dem Schüler vertraut und der Blick für selbständige Beobachtung der Rassenunterschiede geschärft wird.

Wichtig ist vor allem der Nachweis der schädlichen Folgen der Rassenverschlechterung und die feste Betonung der Forderung unserer völkischen Zukunft, daß die Ueberformung des deutschen Blutes mit fremdblütigen, vor allem jüdischem und farbigen Blut, unbedingt verhindert werden muß.

Die völkische Selbstentwertung ist mit uns Leben gebannt, daß die Gefahr der Entbeutung für immer gebannt ist.

Zu den edelsten Werten, deren Pflege uns am Herzen liegen muß, gehört unsere Muttersprache. Leider wird ihre Reinheit noch immer nicht so gepflegt, wie es wünschenswert wäre.

verwenden nicht selten überflüssige Fremdwörter, die das Verständnis des Zusammenhanges in breiteren Volksschichten geradezu gefährden.

Die Geschichte unter den Schuljüngern in vorderster Linie steht. Daher bedarf der Aufbau des Geschichtsunterrichts und die Auswahl der Schaffung neuer Geschichtsbilder ganz besonderer Aufmerksamkeit.

Ein Hauptstück der Geschichtsbetrachtung haben die letzten beiden Jahrzehnte unserer eigenen Zeit zu bilden.

Das ungeheure Erlebnis des Weltkrieges mit dem heftigsten Ringen des deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden, die Zerlegung unserer Widerstandskraft durch vaterlandsfeindliche Kräfte, die Entwürdigung unseres Volkes durch das Versailles Diktat und der ihr folgende Zusammenbruch der liberalistisch-marginalistischen Weltanschauung sind ebenso eingehend zu behandeln wie das beginnende Erwachen der Nation vom Ruhrkampf an bis zum Durchbruch des nationalsozialistischen Freiheitsgebankens und bis zur Wiederherstellung der deutschen Volksgemeinschaft am Tage von Potsdam.

Die neue Schule geht grundlegend vom Gemeinschaftsgebanken aus,

der ein uraltes Erbstück unserer germanischen Vorfahren ist und demgemäß unserer angekommenen Lebensart am vollkommensten entspricht.

Neben der stärkeren Betonung deutscher Kulturwerte im Geschichtsunterricht bedarf auch der lebenskundliche (biologische) Unterricht nach zwei Seiten hin des Ausbaues.

Der Rassenkunde ist genügend Raum zu widmen, damit die Grundbegebenheiten der wichtigsten Rassen dem Schüler vertraut und der Blick für selbständige Beobachtung der Rassenunterschiede geschärft wird.

Wichtig ist vor allem der Nachweis der schädlichen Folgen der Rassenverschlechterung und die feste Betonung der Forderung unserer völkischen Zukunft, daß die Ueberformung des deutschen Blutes mit fremdblütigen, vor allem jüdischem und farbigen Blut, unbedingt verhindert werden muß.

Die völkische Selbstentwertung ist mit uns Leben gebannt, daß die Gefahr der Entbeutung für immer gebannt ist.

Zu den edelsten Werten, deren Pflege uns am Herzen liegen muß, gehört unsere Muttersprache. Leider wird ihre Reinheit noch immer nicht so gepflegt, wie es wünschenswert wäre.

Auch die

Förpersliche Erziehung

ist eine unentbehrliche Voraussetzung unserer völkischen Dauer. Keine noch so große Gelehrsamkeit kann unserem Vaterlande eine Zukunft sichern, wenn ihm nicht immer von neuem gesunde und kräftige Menschen geboren und erzogen werden, die dem Lebenskampfe feilsch und körperlich gewandt sind.

Eine besondere Seite dieser Aufgabe ist die Erziehung zur Wehrhaftigkeit.

Mit der Wehrhaftmachung muß, wenn sie das gesamte Wesen, die ganze Persönlichkeit des Menschen erfassen soll, schon in der Schule begonnen werden. Die Schule muß die notwendige Vorbereitung leisten, in die heranwachsende Jugend muß der Keim des Wehrgebankens gelegt werden.

Der Volksschule, die in Wahrheit die Schule des Volkes ist, hat die erste Sorge der Nation zu gelten.

Das mechanische Berechtigungsweisen, unter dem das Volk und die Berufe sehr leiden und das auch unsere Wehrhaftmachung unermäßig belastet, muß beseitigt und durch

ein organisiertes, auf der wirklichen Leistung beruhendes Auslesesystem ersetzt werden.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich bereits, daß die schulpolitischen Bestimmungen der Reichsverfassung keine geeignete Ordnung des heutigen Schulwesens ermöglichen.

Ein Hauptgrund, weshalb die Schaffung des Reichsschulgesetzes nach Artikel 146 misslingen mußte, ist darin zu sehen, daß in der Verfassungsbekanntmachung der Willen der einzelnen Eltern allein maßgebend für die weltanschauliche Form der Schule ist.

Ich halte es nicht für erforderlich, die unbrauchbaren Verfassungsbestimmungen über die Schule ausdrücklich außer Kraft zu setzen.

Die nationale Regierung will nicht die Volkstümlichkeit der Schule, sie will aber den politischen Charakter der Schule in dem Sinne hergestellt wissen, daß

die Schule durch ihre Erziehung die gleichhafte Einordnung der Schüler ins Volksganze herbeiführt, damit der geschlossene politische Wille auch für die Zukunft eine starke und dauernde Grundlage im Volk findet.

Das bedeutet den Ausschluß aller Strömungen aus dem Schulbereich, die die nationalpolitische Erziehungsaufgabe der Schule gefährden können.

Hitler und Blomberg in Königsberg.

Königsberg. Am Dienstag weihte Reichsminister Blomberg in Begleitung des Reichswehrministers v. Blomberg in Königsberg, um mit Wirtschaftsführern der Provinz über verschiedene wirtschaftspolitische Fragen Besprechungen abzuhalten.

Hitler und v. Blomberg waren Gäste des Wehrkreis-Kommandeurs v. Brauchitsch. In Begleitung des Kanzlers und des Reichswehrministers befanden sich auch der Reichspressesprecher Dr. Dietrich, der Reichsminister Dr. Goebbels, die Brüder, sowie die Gruppenführer der SA, Bismann und Dietrich.

Undeutsches Schrifttum wird öffentlich verbrannt.

Minister Dr. Goebbels hält die Feuerrede auf dem Berliner Opernplatz.

Die vom Kampfschiff „Wider den unheimlichen Geist“ der Deutschen Studentenenschaft Kreis X (Brandenburg) zusammen mit dem zentralen Ausschuss beim Berliner Magistrat eingeleitete Aktion gegen alle undeutsche Schrifttum soll ihren Höhepunkt durch die öffentliche Verbrennung der eingesammelten Bücher auf dem Opernplatz finden.

Zehntausende von Büchern sind aus Stadt- und Volksbibliotheken, Selbstbibliotheken und anderen Instituten bereits gesammelt worden.

Die Bücher sind in Lastkraftwagen nach dem Studentenhof der Friedrich-Wilhelms-Universität gebracht

Die neuesten Modelle sind eingetroffen!
Wochenendwagen, Klappsportwagen zu billigsten Preisen!
Otto Marquardt, ZOSSEN Berliner Straße 4

worden, wo sie zu riesigen Bergen aufgestapelt liegen. Die Studentenhaft wird die Bürger auf Kasernen unter Vorantritt von Musikkapellen zum Sperrplatz bringen. Hier wird ein Scheiterhaufen errichtet, auf dem die Bürger verbrannt werden. Wenn die Flammen zum Himmel lobern, wird Reichspropagandaminister Dr. Goebbels das Wort ergreifen.

Neuer Leiter der Tarifpolitik und des Arbeitsrechts.

Rechtsanwalt Dr. Mansfeld, der Dezerent für Arbeitsrecht beim Gewerkschaftsverband und Verein für bergbauischen Interessen, und Privatdozent an der Universität Münster, ist als Nachfolger von Ministerialdirektor Dr. Söhler zum Kommissarischen Leiter der Abteilung Tarifpolitik und Arbeitsrecht im Reichsarbeitsministerium ernannt worden.

518000 Arbeitslose weniger.

Das Bild, welches die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bietet, hat sich in der zweiten Aprilhälfte wesentlich günstiger gestaltet als in der ersten Aprilhälfte. In diesem Berichtsjahr ist nämlich der gleiche Rückgang der Arbeitslosen zahlen wie im selben Zeitraum des Vorjahres zu verzeichnen, während in der ersten Aprilhälfte der Rückgang geringer war als im Vorjahr. Wenn man nun dabei berücksichtigt, daß der Gesamtstand des Winters ab Mitte April gerechnet, in diesem Jahr 518 000 betrug, während er im Vorjahr nur 195 000 betrug, so ist bemerkenswert, daß trotzdem auch in der zweiten Hälfte der gleichen Rückgang festgefunden hat wie im Vorjahr, obwohl im vorangegangenen großen Zeitabschnitt bereits eine um mehr als 300 000 größere Senkung festgefunden hat als im Vorjahr.

Weiterhin ist bemerkenswert, daß nicht nur die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, sondern auch die Zahl der sogenannten unsichtbaren Arbeitslosen stärker gesunken ist. Das ergibt sich daraus, daß die

Zahl der bei den Krankenkassen gemeldeten beschäftigten Personen um 300 000 mehr gestiegen ist als die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen beträgt.

Das bedeutet, daß sehr viele Erwerbslose, die keine Unterstützung beziehen, die also in den Zahlen der Arbeitsämter nicht enthalten sind, sich zur Zeit wieder zur Arbeit und zur Krankentafel angemeldet haben, woraus eine Steigerung der Beschäftigtenzahl hervorgeht. Das Institut für Konjunkturforschung hat noch besonders darauf hingewiesen, daß im März und April vor allem auch die Kurzarbeiter zurückgegangen ist, und daß nicht nur die Zahl der beschäftigten Personen steigt, sondern daß auch der einzelne beschäftigte Arbeiter mehr zu tun bekommt als vorher.

Schließlich ist es besonders bemerkenswert, daß die Steigerung der Beschäftigung bei den sogenannten Produktionsgüter-Industrien doppelt so stark ist wie bei den sogenannten Verbrauchsgüter-Industrien. Es ist aber immer ein besonderes Zeichen ansteigender Konjunktur, wenn nicht Konsumgüter, sondern vor allem Produktionsmittel in größerem Umfang hergestellt werden, weil sich daraus ein Anwachsen der Unternehmungsfreudigkeit in der Wirtschaft ergibt.

Berordnung über Krankenkassenärzte.

Obwohl das Reichsarbeitsministerium seit Jahren darauf hingewiesen hat, den Kriegsteilnehmern unter den Ärzten den Zutritt zur kassenärztlichen Tätigkeit so weit wie möglich zu erleichtern, gibt es heute noch eine Anzahl von Ärzten, die sich im Kriegsgebiet haben, nach bisherigem Recht aber noch nicht zur Tätigkeit bei den Krankenkassen zugelassen werden konnten. Ein besonderer vom Reichsausschuß für Ärzte und Krankenkassen eingesetzter Ausschuß hatte Vollmacht, den ärztlichen Kriegsteilnehmern eine bevorzugte Zulassung zu ermöglichen. Nunmehr hat der Reichsarbeitsminister die

Zulassung aller Kriegsteilnehmer zur Kassenpraxis

durch besondere Verordnung verfügt. Sie sind jetzt zugelassen, wenn sie ein Jahr ärztlich tätig waren. Das geschieht vorgeschriebene Zulassungsverfahren wird eingehalten, jedoch ist den Kriegsteilnehmern schon vor der Durchführung dieses Verfahrens die Aufnahme ihrer Tätigkeit bei den Krankenkassen zu

gestatten. Für Kriegsteilnehmer nichtarischer Abstammung gelten die durch Verordnung vom 23. April 1933 festgestellten Grundzüge.

Gleichzeitig mit den Kriegsteilnehmern wird eine andere Gruppe von Ärzten sofort zugelassen. Es handelt sich um diejenigen, die bei der Neuordnung des kassenärztlichen Rechts im Jahre 1931 bereits drei Jahre approbiert waren. Von dieser Gruppe war jährlich ein Drittel zuzulassen; die ersten beiden Drittel sind inzwischen zugelassen, das dritte Drittel wurde dagegen im Jahre 1934 herantommen. Es wird ihm nunmehr die sofortige Zulassung ermöglicht.

Schafft die deutsche Frauenfront!

Der „Bund Königin Luise“ unterstellt sich der Führung Adolf Hitlers — Aufruf Dr. Leys zur Schaffung der Frauenfront!

Der „Bund Königin Luise“ hat in einem Aufruf der Bundesleitung mitgeteilt, daß er sich bedingungslos der Führung Hitlers unterstellt, um damit den Aufruf zur Bildung der deutschen Frauenfront zu geben und die Bundesarbeit nützlich in den Aufbau des neuen Staates einzureihen. Auf Grund dieses Beschlusses des „Bundes Königin Luise“ hat der Stabsleiter der Parteiorganisation der NSDAP, Dr. Robert Ley, einen Aufruf zur Schaffung der Deutschen Frauenfront erlassen, in dem es heißt:

Der „Bund Königin Luise“ hat sich bedingungslos der Führung Adolf Hitlers unterstellt. Damit ist der Weg zur Bildung der Deutschen Frauenfront frei. In freundschaftlichen Verhandlungen zwischen der Leiterin der NS-Frauenfront, Fräulein Gottschewski, und der Bundesführung des „Bundes Königin Luise“ wurde folgende Organisationsform für die neue große Frauenbewegung festgelegt:

An der Spitze steht die deutsche Frauenfrontführerin, Fräulein Gottschewski. Sie wird zugleich die Führung der NS-Frauenfront weiter behalten. — Der „Bund Königin Luise“ untersteht der Führung von Freya v. Hadeln, die Fräulein Gottschewski als der Beauftragten des Führers Adolf Hitler gegenüber verantwortlich ist. Frau v. Hadeln ernannt ihre Mitarbeiterinnen und die Führerinnen im „Bund Königin Luise“ im Rahmen der übernommenen Verantwortung. Die Mitglieder des „Bundes Königin Luise“ gelten als Mitarbeiterinnen am Werk Adolf Hitlers im Reich. — Das Ziel der Deutschen Frauenfront ist jene

große Frauenbewegung, die von einem einheitlichen Willen und Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung beseelt



Ulrich Rosenberg (Mitte), der politische Berater Hitlers und politische Sachverständige der NSDAP, ist in London eingetroffen, um mit englischen Politikern Verhandlungen zu führen und sich über die gegenwärtigen englischen Verhältnisse zu orientieren.

ist. Schon jetzt haben alle verantwortlichen Dienststellen der politischen Organisation sowie der NS-Frauenfront und des „Bundes Königin Luise“ dieser neuen Form Rechnung zu tragen, um auch bereits damit die Einheitsfront herzustellen. Das bezieht, daß die britischen Führerinnen der NS-Frauenfront und des „Bundes Königin Luise“ gegenseitig einander achten. In dieser historischen Stunde richte ich den Appell an alle noch abseits stehenden Frauenverbände und Frauenorganisationen, sich der deutschen Revolution bewußt zu sein und diesem Beispiel zu folgen.

Der Muttertag als Opferstag.

Das Kommissariat des Mütterdienstwertes der evangelischen Kirche gibt zum bevorstehenden Muttertag folgendes bekannt: Der evangelische Mütterdienst hat bereits vor Jahren aus dem Muttertag einen Opferstag gemacht. Auch in diesem Jahre hat der Staatskommissar dem Mütterdienstwert die Sammlungs- und Erlaubnis erteilt. Mit der Reichsführung der NS-Frauenfront und dem Bund Deutscher Mädchen, Fräulein Lydia Großjenski (München) ist vereinbart worden, daß das von der NS-Frauenfront in diesem Jahre zum ersten Male am Muttertag gesammelte Geld in erster Linie mit für die Beschäftigung nationalsozialistischer Mütter in die 54 Heime des evangelischen Mütterdienstwertes Verwendung finden soll.

Rundfunk für das ganze Volk.

Das Reichspropagandaministerium ist bemüht, dem ganzen deutschen Volk den Rundfunk zugänglich zu machen. Um dieses Ziel auf direktem Wege möglichst bald zu erreichen, ist die Rundfunkindustrie aufgefordert worden, sich am Bau eines besonders billigen, einheitlichen Rundfunkempfangsgeräts zu beteiligen. Ueber die Form und den inneren Aufbau dieses Volksempfängers samt zunächst noch nichts gesagt werden. Es steht jedoch fest, daß er nicht von einer Fabrik allein, sondern von allen Unternehmern, die sich beteiligen wollen, in Massenproduktion hergestellt werden soll. Das Gerät, das mit einem erstklassigen Lautsprecher ausgestattet sein soll, soll als Volksempfänger etwa 75 RM, als Batterieempfänger sogar nur etwa 60 RM kosten. Allerdings ist ein solches, naturgemäß sehr einfaches Gerät nur den Empfang des nächstgelegenen Bezirks senders und des Deutschlandsenders ermöglicht.

Aufruf der evangelischen Kirchenmänner

Der Reichsverband Evangelischer Kirchenmänner Deutschlands e. V. erläßt folgenden Aufruf: Der Reichsverband Evangelischer Kirchenmänner bekennt sich zu der Regierung der nationalsozialistischen Revolution und ihrem von Gott gesandten Führer Adolf Hitler. Der Reichsverband erstrebt, die Kirchenmusik im Dritten Reich wieder vollständig zu machen und ihr in der Kirche die ihrer Bedeutung als Kulturmacht zukommende Stellung zu geben. Nur dann ist sie fähig, am Aufbau der kommenden evangelischen Reichskirche im Sinne Dr. Martin Luthers und Johann Sebastian Bachs ihrer göttlichen Bestimmung gemäß entscheidend mitzuwirken.

Luthers 450. Geburtstag.

Am 10. November d. J. werden 450 Jahre vergangen sein, daß Dr. Martin Luther geboren wurde. Die Lutherstadt Eisleben, die Geburts- und Sterbestadt des großen Reformators, plant aus diesem Anlaß eine Reihe größerer Veranstaltungen: außer der in Eisleben seit alterher üblichen Geburtstagsfeier am 10. November findet eine Lutherfeierwoche statt, die mit Rücksicht auf den in- und ausländischen Reiseverkehr auf die Zeit vom 20. bis 27. August festgelegt worden ist. In dieser Lutherfeierwoche wird durch mannigfache Darbietungen gefeiert werden, das für die Entwicklung des politischen, geistigen und religiösen Lebens unseres Vaterlandes, vor ungemessen beherrschender Wirkten Martin Luthers dem deutschen Volke erneut näherzubringen. U. a. sind ein großer historischer Festzug, ein Luther-Festspiel, eine Freilicht-Aufführung, eine Luther-Ausstellung, kirchenmusikalische Darbietungen, ein Festakt des Evang. Bundes, Vorträge führender Kirchenpolitiker u. a. m. vorgesehen.

Reichsminister Adolf Hitler und eine Anzahl anderer Reichs- und Staatsminister haben ihr Erscheinen zu dem Eislebener Aufstellung der Eislebener Lutherfeierwoche, der gerade im Jahre der deutschen Revolution mit ihren mannigfachen Umwälzungen auf kulturellem Gebiete besondere Bedeutung zukommen wird, werden nähere Einzelheiten rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Der Kaiserwalzer

Ein Roman aus Österreich von F. Kaiser.

76 Als sie in dem Raume steht, da stockt ihr das Blut, denn sie erblickt Alexander.
Er hat sie nicht gesehen, sie verbirgt sich vor ihm und hört, daß er seine Schiffsfarke zurückfährt.
Er fährt nicht! Ihr Herz schlägt stürmisch.
Als er gegangen ist, da folgt sie ihm. Sie sieht, wie er unten in einen Wagen steigt und zum Kutscher sagt: „Zum Bahnhof!“
Geller Jubel ist in ihrem Herzen. So frei und froh ist ihr zumute geworden. Sie weiß, daß er wieder nach Theresienhof zurückkehrt.
Lachen ist in ihrer Seele.
In einer Stunde fährt der Zug. Sie hat Zeit und läuft wie eine Kräumele durch die Stadt, dem Bahnhof zu.
*
Alexander sitzt im Zuge und ahnt nicht, daß die Geliebte wenige Meter von ihm entfernt sitzt.
Seine Seele ist so voll Frieden und Freude. Er hat Sehnsucht nach dem stillen Theresienhof. Er sehnt sich nach Tessa, sehnt sich, daß er sie als sein geliebtes Weib gempinne.
Er will um sie werben und weiß, daß ihn Graf Marsoch gern als Sohn aufnehmen wird.
Soll das ein frohes Leben und Schaffen werden. Wie im Fluge vergeht die Zeit.
Am Abend ist er in Wien.
Tessa hat vor ihm den Zug verlassen und hat die

Schranke vor ihm passiert.
Ihr Entschluß ist fertig.
Sie will ihn wie ganz zufällig treffen, will ihm sagen, daß sie mit dem 9-Uhr-Zuge heimfahren will.
Und das Zusammentreffen gelingt ihr auch.
Alexander sieht Tessa und starrt sie an wie ein Wunder. Dann läuft er auf sie zu und faßt ihre Hand. „Tessa!“ sagt er überglücklich. Jubel ist in seiner Stimme. „Sie sind in Wien? Sie treffen ich hier?“
„Ja, ja!“ antwortet sie und ihre Wangen sind brennend rot. „Sie... Sie sind nicht... Sie haben sich nicht nach drüben eingeschiffelt?“
„Mein, nein!“ lacht er überglücklich. „Ich brauchts nicht mehr! Alles ist gut! Meine Mutter... war bei mir in Triebl! Sie wird alles mit dem Kaiser ordnen. Man läßt mich in Frieden, ich kann in der Heimat bleiben. Sie glauben ja nicht, wie glücklich ich bin, daß ich wieder nach Theresienhof zurückkehren kann! Ach, Tessa... so schön wie heute war mir noch nie die Welt!“
„Ich freue mich so, so sehr mit Ihnen!“ sagt Tessa mit leuchtenden Augen. „Und Vater wird sich freuen! Sie hätten uns allen so gefehlt.“
„Auch Ihnen, Tessa?“
„Ja“, spricht sie offen, und alle Liebe ist in ihren Augen. „Mir... mir am meisten!“
Sie stehen auf dem Bahnhof. Am liebsten würde sie Alexander inmitten des Gewühls an sich reißen und sie küssen.
„Tessa“, sagt Alexander, „denken Sie noch an die wenigen Stunden im Prater! Waren sie nicht schön?“
„Ja!“
„Wollen wir heute nicht wieder nach dem Prater fahren. Der Abend ist so milde. Wollen wir nicht wieder ein paar glückliche Stunden erleben? Bleiben wir heute in Wien!“

Sie stimmt lachend ein.
„Ja, fahren wir nach dem Prater!“
*
Im Prater ist Leben.
Lachen und Singen umgibt sie. Aus den Schenken tönt weiche Musik. Meister Strauß' Walzer umschmeicheln sie. Liebespaare ergehen sich im träumenden Waid.
Sie fahren wieder nach der kleinen Schenke des Jakob. In dem Prater sitzen sie Seite an Seite. Er faßt nach der kleinen Hand und fühlt, wie sie zittert.
Beglückt schließt das Mädchen die Augen. Sie weiß ja, sie weiß es ganz gewiß, daß sie heute die Erfüllung ihres Lebens finden wird.
Heute wird er das Wort sprechen, das ihre Herzen zusammenbindet für Zeit und Ewigkeit.
Wie das letzte Mal empfängt sie der Wirt.
Der Jakob fragt über das ganze Gesicht. Dann wird er verlegen. „Aber... an Gamsleberbraten... den hab' ich heute net!“
Alexander klopft ihm lachend auf die Schulter.
„Nicht schlimm, Herr Wirt! Gibt doch hier was anderes Gutes! Ihre Küche ist so gut wie Ihr Wein! Und eine Musik habens... herrlich.“
Lachend treten sie ein. Der Raum ist überfüllt, aber sie finden noch ein schönes Plätzchen im Winkel.
Dann wandern sie weiter, tangen in einer anderen Schenke. Graf stemt ihr der Platz, aber sie sind wie fröhliche Kinder. Sie trafen auf dem großen Karussell, gehen in die Schaubuden und lachen im Nachkabinett vor den Spiegeln. Alle ihre Freude sucht heute nach einem Ausdruck.
Fortsetzung folgt.